

Das nationale Krebsregister der DDR zeigt, daß in den Bezirken Chemnitz und Gera die Krebsrate und die Leukämieinzidenz der Bevölkerung nicht über dem DDR-Durchschnitt liegt. Lediglich bei drei Kreisen des Bezirkes Chemnitz ist die Lungenkrebshäufigkeit der Männer signifikant erhöht. Es wird geprüft, ob es sich um ehemalige Bergleute handelt.

2. Die SDAG Wismut ist Verursacher einer Vielzahl von Landschaftsschäden in den Uran-Abbaugebieten der DDR. Zur Sanierung dieser Umweltschäden werden durch den Verursacher zwei Großprojekte erarbeitet:

1. Sanierung des Bergbaus bzw. der Bergbaufolgen für den Zeitraum nach 1954 (Projekt liegt vor)
2. Sanierung der Altlasten vor 1954 (Termin 30. 06. 1990).

Nach Vorlage des Altlastenprojektes (Termin 30. 06.1990) wird durch die Generaldirektion der SDAG Wismut kurzfristig eine Bewertung und eine Rang- und Reihenfolge zur Weiterarbeit festgelegt. In die Phase der zukünftigen Sanierung dieser Gebiete werden die Bürgerinitiativen, Kommunen und zukünftigen Länder einbezogen.

Als Sofortmaßnahmen zum Abbau der Landschaftsschäden wurden in Zusammenarbeit mit den örtlichen Organen des Territoriums und der SDAG Wismut Maßnahmen zur Eindämmung der Abstrahlung der alten Halden getroffen. Dazu wird eine Deponie und eine Kompostierungseinrichtung für das Gebiet Aue geschaffen und der entstehende Kompost zur Abdeckung der alfl Halden genutzt. Dadurch können die Althalden rekultiviert werden, und sie passen sich als Landschaftselemente naturnaher in das Landschaftsbild ein.

Anlage 17

Antwort des Ministers für Forschung und Technologie, Herrn **Dr. Frank Terpe**, auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Werner Sobetzko (CDU/DA)** - Drucksache Nr. 60 -

Frage 23

Uns ist bekannt, daß ein ausreichend hohes Forschungsniveau nicht mehr gesichert ist, weil erstens die vorgesehenen Finanzierungsmittel in den akademischen Forschungseinrichtungen und Industrieeinrichtungen fast nur noch die Personalkosten decken und zweitens industriebetrieblliche Forschungskollektive zum Teil kurzfristig demontiert werden.

a) Welche finanziellen und strukturellen Maßnahmen sind vorgesehen, damit in der Grundlagenforschung über den Erhalt der Einrichtungen hinaus eine ausrüstungsmäßige Erneuerung möglich wird, so daß eine qualitätsmäßige Angleichung an das Westeuropäische Niveau erreicht wird?

Antwort

Bei den gegenwärtigen Beratungen mit dem Ministerium der Finanzen zum Haushalt für das 2. Halbjahr 1990 haben wir einen Stand erreicht, der es ermöglicht, mit

225 Millionen DM für die Forschung und
57 Millionen DM für Investitionen

die Grundlagenforschung in den Instituten der Akademie der Wissenschaften zu fördern und gleichzeitig zu beginnen, Rückstände bei der Ausstattung zu mindern.

Die jahrelange Vernachlässigung der Ausstattung der Institute der Grundlagenforschung und der universitären Einrichtungen wird es nicht möglich machen, sofort eine Angleichung an das westeuropäische Niveau zu erreichen. Dafür sind nach Einschätzung des Ministeriums für Bildung und Wissenschaft allein im universitären Bereich rund 2 Milliarden DM notwendig.

Die Erweiterung der Zusammenarbeit mit Instituten der Bundesrepublik Deutschland hat bereits dazu beigetragen, bestimmte Lücken in der Ausstattung zu schließen.

Marktnähe und Wirtschaftlichkeit der Institute müssen darüber hinaus künftig in weit stärkerem Maße durch Auftragsforschungen zum Erwerb von Drittmitteln aus der Wirtschaft führen. Solche Einnahmen erweitern die Investitionsmöglichkeiten zur ausrüstungsmäßigen Erneuerung.

Frage

b) Was will die Regierung tun, damit effektive Forschungskollektive in der Industrie erhalten bleiben und die betriebliche Forschung allseitig gefördert werden kann?

Antwort

In der vergangenen Woche hat das Kabinett Maßnahmen zur Strukturanpassung der gewerblichen Wirtschaft an die Erfordernisse der Marktwirtschaft beschlossen. Damit im Zusammenhang haben der Herr Wirtschaftsminister Dr. Pohl und ich den Auftrag bekommen, dem Kabinett Vorschläge für Maßnahmen zur Erhaltung der Forschungs- und Entwicklungspotentiale der Industrie vorzulegen.

Nach gründlicher gemeinsamer Beratung wollen wir dem Kabinett folgende Arbeitsrichtungen vorschlagen, damit effektive Forschungskollektive in der Industrie erhalten bleiben:

1. Zur Erhaltung innovationsfähiger F/E-Potentiale der Industrie, die für die Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit von sanierungsfähigen Unternehmen notwendig sind, sollen

a) neben dem Einsatz selbsterwirtschafteter Mittel zur Überbrückung der Finanzierung im III. Quartal 1990 im Bedarfsfall Liquiditätskredite ermöglicht werden,

b) Mittel für Strukturanpassungsmaßnahmen der Treuhandanstalt auf der Grundlage von Sanierungskonzeptionen eingesetzt werden.

2. Zur gezielten Förderung der Gemeinschaftsforschung im vorwettbewerblichen Bereich, insbesondere für Klein- und Mittelbetriebe, wollen wir für die Erhaltung und Förderung von rund 50 leistungsfähigen Forschungsgruppen insgesamt 150 Millionen DM aus dem Fonds zur Finanzierung wirtschaftsnaher Infrastrukturmaßnahmen beantragen und weitere 65 Millionen DM für Förderprojekte der Wirtschaft.

Außerdem überlegen wir, im Rahmen der uns bereitgestellten Haushaltsmittel die Auftragsforschung der Wirtschaft an wissenschaftliche Einrichtungen finanziell zu fördern. Damit soll zugleich der Innovation der Wirtschaft zur Erreichung der Wettbewerbsfähigkeit gedient werden, wie der Beschäftigung qualifizierter Wissenschaftler in den Universitäten, Hochschulen und Akademieinstituten.

Anlage 18

Antwort des Ministers für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Herrn **Hans-Wilhelm Ebeling**, auf die Frage der Abgeordneten **Dr. Ursula Fischer (PDS)** - Drucksache Nr. 86 -

Frage 39

Ist im Entwurf des Entwicklungshelfergesetzes des Ministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit die Möglichkeit vorgesehen, die Tätigkeit als Entwicklungshelfer im Ausland oder in der DDR als eine Form des Wehrersatzdienstes anzuerkennen?

Antwort

Das Entwicklungshelfergesetz ist im Gesetzgebungsplan des Ministerrates der DDR für des III. Quartal 1990 vorgesehen. Der Entwurf zum Gesetz ist zur Zeit noch im Arbeitsstadium und muß noch mit dem Minister für Abrüstung und Verteidigung abgesprochen werden.

Das MWZ plant allerdings, den Entwicklungshelferdienst als eine Form des Wehrersatzdienstes gesetzlich festzuschreiben zu lassen.